

Von Leiharbeit, Frauenquote und IGS-Diskussion

MAIFEIER Gewerkschaften luden zu „politischen Frühstück“ und anschließendem Familienfest am Quaet-Faslem-Haus

Unter dem Motto „Gute Arbeit für Europa – gerechte Löhne – soziale Sicherheit“ stand die Maifeier des DGB in Nienburg im Garten des Quaet-Faslem-Hauses. Beim „politischen Frühstück“ wurden Kreis-Nienburger Themen besprochen.

Nienburg (la). „Arbeit, Wirtschaft, Bildung – welche Perspektiven hat unser Landkreis?“ zu diesem Themenfeld befragte DGB-Regionalsekretär Tom Seibert Politikerinnen und Politiker aus dem Kreistag. Jürgen Leseberg (WG) unterstrich dabei, dass die Möglichkeiten der lokalen Politik beschränkt seien, Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings habe die kreiseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIN bereits einige Arbeitsplätze geschaffen. Auf die Frage Seiberts, wie die rund 7000 Arbeitslosen im Landkreis neue Jobs bekommen könnten, entgegnete Michael Siegel (CDU), dass die Konjunktur gerade erst ins Laufen komme: „Wir sind auf dem richtigen Weg, und unsere kleinen und mittleren Unternehmen werden Arbeitsplätze schaffen. Wir brauchen aber Geduld.“

Seibert sagte, dass zudem die Leiharbeit im Landkreis boome: „Seit 2008 hat sich die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse um 70 Prozent erhöht.“ Birgit Menzel (SPD) trat in diesem Zusammenhang für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein: „Leiharbeit darf nicht missbraucht werden, um Dauerarbeitsplätze zu ersetzen.“

Wie die Position von Frauen im Arbeitsmarkt gestärkt werden könne, wollte der Moderator von Christiane Bormann (Bündnis 90/Die Grünen) wissen. Die Zusammenarbeit von WIN und Koordinierungsstelle „Frau und Wirtschaft“ sei ein erste Ansatz, antwortete die Kreistagsabgeordnete: „Vor allem geht es darum, Frauen nach der Elternzeit zu unterstützen und ihnen Mut zu machen, wieder in den Beruf einzusteigen.“ Bormann sprach sich für eine Frauenquote bei

Führungspositionen aus: „Der Landkreis als großer Arbeitgeber könnte dabei eine Vorbildfunktion haben.“

Über das Jobcenter könne der Landkreis vor allem den Menschen helfen, die Hartz IV bekommen“, meinte Seibert. Viktoria Kretschmer (Die Linke) pflichtete bei: „Das Problem derzeit ist, dass viele Langzeitarbeitslose von einer Maßnahme in die nächste geschickt werden, ohne dass das irgendetwas bringt.“ Kretschmer nannte ein Beispiel aus ihrer Arbeit in Alphabetisierungskursen der Volkshochschule: „Ich treffe dort Menschen, die in 20,30 Weiterbildungsmaßnahmen waren, aber noch immer Analphabeten sind.“ Die Mitarbeiter des Jobcenters müssten sich intensiver mit den Menschen beschäftigen, die sie betreuen: „Es kann doch nicht sein, dass jemand zu einem Bewerbungstraining geschickt wird, der noch nicht einmal seinen Namen schreiben kann. Das ist ein unhaltbarer Zustand.“

„Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt hat auch viel mit der Qualifikation zu tun“, bemerkte Moderator Seibert. Heiner Werner (FDP) unterstrich das: „Die richtige Reihenfolge des Diskussionsmottos muss ‚Bildung, Wirtschaft, Arbeit‘ lauten.“ Angesichts des demografischen Wandels werde es für die Betriebe immer schwerer, Fachkräfte zu finden. Hinzu komme, dass immer mehr Eltern nicht in der Lage seien, ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen: „Wir müssen deshalb schon früh in den Schulen ansetzen, um die Weichen zu stellen.“

Damit hatte Heiner Werner den Bogen zu einem derzeit heiß diskutierten Thema geschlagen: der möglichen Einführung einer IGS im Landkreis: „Sind wir mit dem Start der Elternbefragung einen Schritt weiter gekommen?“, wollte Seibert von den Diskussteilnehmern wissen. Viktoria Kretschmer bejahte das: „Die große Beteiligung an der IGS-Diskussion zeigt, dass das Thema die Menschen bewegt. Schade ist allerdings, dass die



Moderator Tom Seibert (stehend) diskutierte mit (von links) Viktoria Kretschmer, Birgit Menzel, Christiane Bormann, Heiner Werner, Jürgen Leseberg und Michael Siegel über die Perspektiven des Landkreises. Fotos: Lachnit

Fronten so verhärtet sind.“ Für Kretschmer ist eine IGS erforderlich, um eine größere Bildungsvielfalt zu erreichen.

In die gleiche Richtung argumentierte Birgit Menzel: „Wir sind jetzt in einer Situation wie sie im Landkreis Schaumburg war, als dort die erste IGS eingeführt wurde – und inzwischen gibt es dort vier IGS, und selbst die können nicht alle Kinder aufnehmen, die dort angemeldet werden.“ Auch Christiane Bormann sprach sich für die Einführung einer IGS aus und appellierte an die Eltern, bei der Befragung entsprechend abzustimmen.

Nicht ganz so optimistisch zeigte sich Heiner Werner: „Wenn der Elternwille es ergibt, dann kommt die IGS. Allerdings gefährdet das bestehende Schulen: Ohne IGS werden wir wohl vier oder fünf Schulen schließen müssen, mit IGS fünf oder sechs.“

Jürgen Leseberg sprach sich für eine IGS aus, allerdings kritisierte er die öffentliche Diskussion darüber: „Dort gibt es nur eine Schwarzweiß-Malerei und keine Zwischentöne.“ Außerdem werde die Diskussion zum größten Teil so fachspezi-



Gut 100 Zuhörer verfolgten die Mai-Ansprachen.

fisch geführt, dass viele Eltern nicht mehr folgen könnten.

Michael Siegel schließlich machte keinen Hehl darauf, dass die CDU kein Freund einer IGS im Landkreis ist: „Wir sind nicht gegen die Schulform an sich, allerdings fehlen uns die Rahmenbedingungen dafür im Landkreis Nienburg.“ Falls die IGS komme, würden sich Schülerströme massiv verändern und zudem werden kaum über die mit der Einführung einer IGS verbundenen Kosten diskutiert.

Nach dem „politischen Frühstück“ folgten die Mai-Ansprachen vor gut 100 Zuhörern.

DGB-Kreisvorsitzender Rudi Nolte nannte die Schlagworte: Europa dürfe nicht kaputt gespart werden – Fiskalpakt und Schuldenbremse müssten gestoppt werden. Ein Marshall-Plan für mehr Wachstum und Beschäftigung einhergehend mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sei erforderlich, zudem müsse die Rente mit 67 abgeschafft werden.

Nienburgs Bürgermeister Henning Onkes sprach örtliche Weichenstellungen an: „Große Windkraftanlagen und Mastställe – ist das noch der ländliche Raum, den wir wollen?“ Außerdem müssten regionale Wirtschaftskreisläufe

geschaffen werden, um die Geldflüsse in der Region zu behalten. Abschließend unterstrich Onkes die steigende Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs: „Die Mobilität steigt, und zwar nicht freiwillig, sondern weil die Menschen mobiler sein müssen – so ist in vielen Orten kein Einkaufen mehr möglich. Darauf müssen wir reagieren.“

Pastor Frank-Peter Schultz sah Kirche und Gewerkschaft in ihrem Bemühen um eine gerechtere Arbeitswelt in einem

Boot: „Es ist menschenverachtend, wenn ein Vollzeitarbeiter weniger bekommt als ein Hartz-IV-Empfänger. Und es kann nicht sein, dass gut ausgebildete Kräfte wie Krankenschwestern und Erzieherinnen nicht genug verdienen, um eine Familie ernähren zu können.“ Abschließend erläuterte Herbert Hahn von der IG Metall deren Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn in der aktuellen Tarifrunde. Nach einem Vortrag der IG-Metall-Jugend hielt Lea Arnold vom DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt die Mairedede. ●